



## Münchener Sicherheitskonferenz :

# Henning Otte: „Deutschland ist in der Verantwortung angekommen!“

An diesem Wochenende fand in München die 53. Sicherheitskonferenz statt. Als verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nahm auch der heimische Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) daran teil. „Deutschland ist in seiner Rolle als ein führender Verantwortungsträger in der internationalen Sicherheitspolitik angekommen. Die diesjährige Sicherheitskonferenz hat das ganz klar gezeigt“, erklärte er anschließend

Die zurückliegenden Monate haben große weltpolitische Umwälzungen mit sich gebracht. Die Wahl von US-Präsident Trump und der Brexit sind die sichtbarsten Wegmarken. Jetzt zeigt sich, dass Deutschland in der Sicherheitspolitik in den letzten Jahren den richtigen Weg eingeschlagen hat.

Otte: „Wir übernehmen selbst mehr Verantwortung; als Anlehnungspartner in einer europäischen Verteidigungsunion und als Rahmennation im europäischen Pfeiler der NATO. Wir tun das für die Sicherheit Deutschlands, wir tun das aber auch, weil unsere internationalen Partner auf uns bauen. Nur wer selbst aktiv ist, kann auch Mitsprache einfordern.“

Die Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, hat die Rolle der NATO als Wertegemeinschaft unterstrichen, welche die USA und uns aneinander bindet.



**Der neue UN-Generalsekretär António Guterres in München im Gespräch mit Henning Otte.**

Foto: privat

„Wir wollen, dass diese Wertegemeinschaft für alle Partner attraktiv bleibt. Deswegen bleibt es wichtig, dass wir einen praxistauglichen Aufwuchs zum 2%-Ziel der NATO mit Nachdruck verfolgen und damit der deutschen Sicherheitspolitik noch mehr Glaubwürdigkeit geben“ so Henning Otte.

Am Rande der Konferenz gab es vielfältige Gelegenheiten sich auszutauschen. So nutzte Henning Otte die Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem neuen UN-Generalsekretär António Guterres, der seit dem 1. Januar im Amt ist.

### Aus dem Inhalt

Neues aus dem Bundestag	Seite 2
CETA	Seite 3
Bundeswehreinsatz in Mali	Seite 3
Fragen zum Wolf!	Seite 5

## Neues aus dem Bundestag

**Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 90, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f, 143g).** In 1. Lesung haben wir ein Gesetzespaket zur Umsetzung der Beratungsergebnisse der Regierungschefs von Bund und Ländern vom Oktober 2016 beraten. Wir wollen u.a. den gleichmäßigen Vollzug der Steuergesetze verbessern und die Verwaltung der Bundesautobahnen auf den Bund übertragen. Die föderalen Finanzbeziehungen stellen wir auf eine solide Basis für den Zeitraum ab 2020 bis mindestens 2030.

**Gesetz zur Stärkung der Heil- und Hilfsmittelversorgung (Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz).** In 2./3. Lesung beschlossen wir Verbesserungen der Heil- und Hilfsmittelversorgung für gesetzlich Krankenversicherte. Wir stärken damit Beratungs- und Informationsrechte der Versicherten über Leistungsansprüche und Versorgungsmöglichkeiten und bringen eine fortlaufende Aktualisierung des Hilfsmittelkataloges auf den Weg.

**Gesetz zur Bekämpfung der Steuerumgehung und zur Änderung weiterer steuerlichen Vorschriften (Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz – StUmbG).** Auf nationaler Ebene ziehen wir die erforderlichen Konsequenzen aus den Enthüllungen im Zuge der sogenannten „Panama Papers“. Mit unserem Gesetzentwurf, den wir in 1. Lesung beraten haben, erschweren wir inländischen Steuerpflichtigen die Möglichkeiten mittels Briefkastenfirmen in Steueroasen ihre Steuerpflichten in Deutschland zu umgehen. Hierfür wollen wir Mitwirkungspflichten erweitern, neue Anzeigepflichten für Banken einführen und die Finanzverwaltung mit umfassenden Ermittlungsbefugnissen ausstatten.

**Regionale Wirtschaftspolitik – Ein integriertes Fördersystem für strukturschwache Regionen in ganz Deutschland schaffen.** Seit 1969 ist die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ein zentrales Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen. Basierend auf der GRW wollen wir in unserem Antrag ein integriertes, gesamtdeutsches Fördersystem ab 2020 aufbauen. Dazu haben wir die Beschlussempfehlung und den Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie beraten.

**Erstes Gesetz zur Änderung des Düngegesetzes und anderer Vorschriften.** Im Rahmen des nationalen Aktionsprogramms zum Schutz von Gewässern und Böden erlassen wir eine neue Düngeverordnung. Dazu verabschiedeten wir in 2./3. Lesung notwendige Ergänzungen und Erweiterungen des Düngegesetzes sowie der darin enthaltenden Verordnungsermächtigung.

**Nachtragshaushaltsgesetz 2016.** In 2./3. Lesung schafften wir die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen, dass der Bund buchungstechnisch noch im Jahr 2016 zusätzliche 3,5 Mrd. Euro für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur finanzschwacher Kommunen be-



reitstellen kann. Die konkreten Voraussetzungen für das neue Förderprogramm werden im Rahmen einer Änderung des Grundgesetzes und weiterer Gesetze geregelt. Dieses Vorhaben ging in dieser Sitzungswoche in die 1. Lesung.

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte.** Wir stimmten über den Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte namentlich ab. Durch die Verbesserung der Ausbildung der Peschmerga-Kräfte unterstützen wir aktiv die Stabilisierung der Region und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Seit Beginn des Mandats konnten gemeinsam mit den europäischen Partnern bereits über 12.000 Sicherheitskräfte ausgebildet werden. Das Mandat soll bis zum 31. Januar 2018 verlängert werden und die personelle Obergrenze unverändert bei 150 Soldaten bleiben.

**Gesetz zur Verbesserung der Fahndung bei besonderen Gefahrenlagen und zum Schutz von Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei durch den Einsatz von mobiler Videotechnik.** Wir diskutierten wir Neuregelungen im Bundespolizeigesetz, um die von Bundesinnenminister de Maizière gemachten Vorschläge zur Erhöhung der inneren Sicherheit zu realisieren. Mit dem Einsatz mobiler Videotechnik (Bodycams) und automatischer Kennzeichenlesesysteme sowie der Befugnis zur Aufzeichnung von eingehenden Telefonaten in Einsatzleitstellen stärken wir polizeiliche Befugnisse. Personen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, dürfen nicht einreisen. Hierfür wollen wir klarstellen, dass personenbezogene Daten zum Zwecke der Ausschreibung zur Einreiseverweigerung in das Schengener Informationssystem über das polizeiliche Informationssystem (INPOL-Bestand) eingegeben werden dürfen.

## Freier Handel – CETA ist ein Gewinn für alle

Am 15.02.2017 hat das Europäische Parlament dem Handelsabkommen CETA mit großer Mehrheit zugestimmt.

Der heimische Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) zeigt sich angesichts der klaren Entscheidung des Europäischen Parlamentes für das CETA-Abkommen erfreut: „Das ist ein bedeutender Meilenstein in den kanadisch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen, der auch den exportorientierten Unternehmen im Wahlkreis Uelzen-Celle zugutekommen wird.“ Die Freude liege auch auf kanadischer Seite, weiß Otte. Vor der Münchner Sicherheitskonferenz vergangene Woche tauschte er sich mit Premierminister Justin Trudeau in Berlin über die Vorteile von CETA aus.

CETA bringt, wie alle Freihandelsabkommen der Vergangenheit, wichtige Vorteile für die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft und ist damit ein Garant für die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Zentral ist der erleichterte Marktzugang für europäische Industriegüter, Agrarprodukte und Dienstleistungen sowie im Bereich des öffentlichen Auftragswesens. Insbesondere bei den öffentlichen Ausschreibungen ergeben sich neue Beschaffungsmärkte für deutsche Unternehmen. Zudem sinkt der Zoll für alle Industriegüter durch CETA praktisch auf Null. Dadurch werden nicht nur neue Absatzmöglichkeiten für industrielle Produkte geschaffen, sondern auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Dienstleistungen, z.B. im Post- und Telekommunikationsbereich. CETA schafft also faire Wettbewerbsbedingungen für deutsche Unternehmen, von denen insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen profitieren werden.

Eine Absenkung von Schutzstandards durch CETA, z.B. in den Bereichen des Verbraucher-, Arbeitnehmer- und Umweltschutzes wird nicht erfolgen. So sind u.a. Schutzvorschriften für die öffentliche Daseinsvorsorge, audiovisuelle Dienstleistungen, Verbraucher- und Umweltschutz sowie sogenannte Arbeitsmarktklauseln vorgesehen, die gewährleisten, dass es hier nicht zu



**Henning Otte im Gespräch mit dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau.** Foto: privat

Standardabsenkungen kommt.

Darüber hinaus wurden in CETA richtungsweisende Investitionsschutzbestimmungen vereinbart. Für die Beilegung von Investitionsschutzstreitigkeiten sieht CETA ein öffentlich-legitimiertes Investitionsgericht mit 15 staatlich ernannten Richtern sowie eine Berufungsinstanz vor. Beide Instanzen entscheiden in transparenten Verfahren mit öffentlichen Verhandlungen. Alle wesentlichen Verfahrensdokumente wie beispielsweise Urteile und Schriftsätze werden veröffentlicht.

CETA bietet als modernes Abkommen die große Chance, der fortschreitenden Globalisierung faire und gute Regeln zu geben und sie aktiv mitzugestalten. Durch gemeinsame Regeln und offene Märkte trägt es dazu bei, den Wohlstand der Handelspartner zu sichern und auszubauen. „Die hohen Standards, auf die sich die EU mit Kanada geeinigt hat, setzen Maßstäbe für zukünftige Handelsabkommen“, so Henning Otte.

## Einsatz in Mali für Deutschlands Sicherheit

Der Deutsche Bundestag hat die Verlängerung des Mali-Mandates MINUSMA beschlossen. Darüberhinaus wird die Bundeswehr künftig auch Hubschrauber in Mali einsetzen. Warum? Verteidigungspolitiker Henning Otte erklärt es im Kurzinterview:

Warum schickt die Bundeswehr Soldaten nach Mali?

Henning Otte: Dieser Einsatz steht in direktem Zusammenhang mit der Veränderung der Sicherheitslage, die wir seit einigen Jahren beobachten müssen. Teil davon ist, dass die globale Herausforderung der Welt immer enger mit dem regionalen Geschehen, hier in Deutschland, verknüpft

sind.

Die Konflikte der Welt kommen in Deutschland an, wie etwa in Form des schrecklichen Weihnachtsmarkt-Anschlages auf dem Berliner Breitscheidplatz. Aber auch in der Form von Flüchtlingen, die bei uns Schutz vor der Gewalt in ihrer Heimat suchen.

Wir haben erkannt, dass wir mit noch mehr Engagement dorthin gehen müssen, wo die Konflikte sind. Wir müssen dazu beitragen, die Konflikte vor Ort zu entschärfen, sonst kommen die Konflikte hier zu uns nach Europa. Der Einsatz in Mali folgt dieser Logik.

Fortsetzung auf Seite 4.



Fortsetzung von Seite 3: Er trägt ganz direkt zur Sicherheit hier in Deutschland bei.

Mali hat eine Schlüsselfunktion für die gesamte Sahelregion Afrikas. Das gilt insbesondere für Malis Nachbarn, wie Mauretanien, Burkina Faso und Niger. Niger beispielsweise ist das wichtigste Migrations-Transitland Westafrikas. 90 Prozent der west- und zentralafrikanischen Migrantinnen und Migranten nehmen den Weg über Niger, Libyen und schließlich über das Mittelmeer nach Europa. Ähnliches gilt für den Norden Malis. Die gesamte Region ist von Konflikten bedroht. Islamistische Terrororganisation wie Boko Haram üben von Nigeria aus Druck auf Teile Nigers aus. Mali hatte in der Vergangenheit mit Tuareg-Rebellen und islamistischen Milizen zu kämpfen. Durch die Stabilisierungsmission MINUSMA und die Ausbildungsmission EUTM Mali ist es ab 2013 gelungen das Land zu stabilisieren und friedliche Entwicklungen herbei zu führen. Aber die Sicherheitslage ist fragil und bedarf unserer Aufmerksamkeit. Ein stabiles Mali strahlt positiv auf die gesamte Region aus. Ein zusammenbrechendes Mali würde in gleicher Weise negative Kettenreaktionen nach sich ziehen.

Für die Sicherheit in Europa ist es wichtig, dass die Ausbreitung von Terrororganisationen im Norden Malis dauerhaft verhindert wird und Migrationsgründe bekämpft werden. Deswegen kommt unserer Unterstützung der UN-Mission so große Bedeutung zu.

Wenn wir es ernst damit meinen, Terror und Migrationsursachen zu begegnen, ist hier der Ort dafür. Ich selbst habe mir im Dezember zusammen mit der Bundesministerin der Verteidigung, Frau Ursula von der Leyen, ein Bild von der Lage vor Ort gemacht. Es ist ein wichtiger Einsatz, aber die Umstände vor Ort sind herausfordernd. Deswegen prüfen wir aktuell eine Anpassung des Auslandsverwendungszuschlages für die eingesetzten Soldaten. Die Bundeswehr war in Mali bisher mit ca. 720 Soldaten in den Missionen EUTM Mali und MINUSMA im Einsatz. Mit dem heute verabschiedeten Mandat haben wir die Personalrahmen für MINUSMA auf 1.000 erhöht.

Was macht die Bundeswehr genau in Mali?

**Otte:** Die Bundeswehr hilft die Sicherheit und Stabilität im Land wieder herzustellen und trägt damit auch zum Schutz der Zivilbevölkerung bei. Sie leistet Hilfe zur Selbsthilfe, überwacht den brüchigen Frieden im Norden des Landes und trägt so auch zur Bekämpfung von Fluchtursachen bei.

Im Rahmen der Mission MINUSMA überwachen die Bundeswehrsoldaten die Einhaltung des im Jahr 2015 unterzeichneten Friedensabkommens zwischen der malischen Regierung und den Rebellen. Diese Mission ist auch aufgrund der angespannten Sicherheitslage im Norden Malis herausfordernd. Deswegen ist es für die Bundeswehr auch von großer Bedeutung, vor Ort moderne Aufklärungssysteme wie etwa die Drohne Heron im Einsatz zu haben.

Im Süden des Landes läuft zeitgleich der Ausbildungseinsatz der Europäischen Union, um die



**Henning Otte, MdB, Verteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen MdB, und der stellvertretende deutsche Kontingentführer in Mali, Oberstleutnant Hoppe. Im Hintergrund sind die Hangers zu sehen, die für die Hubschrauber der Heideflieger vorbereitet sind.**

Foto: Bundeswehr

malischen Streitkräfte dauerhaft dazu zu befähigen, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen. Derzeit befinden sich die Streitkräfte dort in einer Umstrukturierung, was neben der Ausbildung auch umfangreiche Beratungsleistungen seitens der europäischen Streitkräfte nötig macht. Im Rahmen der Ausbildung wurden durch die 23 beteiligten Nationen bisher ca. 8.000 malische Soldaten ausgebildet. Der Einsatz der Bundeswehr ist damit ein Baustein der Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung und ergänzt sich mit dem „Marshallplan mit Afrika“ von Bundesentwicklungsminister Müller.

Warum erweitert die Bundeswehr ihr Mandat um eine Hubschrauberstaffel?

**Otte:** Der Schutz und die Versorgung der Soldatinnen und Soldaten hat die höchste Priorität. Aus diesem Grund brauchen unsere Soldaten vor Ort eine leistungsfähige Hubschrauberunterstützung zur Rettung Verletzter auf dem Luftweg sowie zum Schutz gegen Angriffe. Bisher übernahmen diese Aufgabe niederländische Hubschrauber, die im Frühjahr 2017 abgezogen werden.

Zukünftig wird die Bundeswehr diese Aufgabe mit einem gemischten Heeresfliegereinsatzverband übernehmen. Insgesamt werden vier Transporthubschrauber NH 90 und vier Unterstützungshubschrauber Tiger entsendet. Viele der eingesetzten Heeresflieger haben bereits Einsatzerfahrungen gemacht und sich bewährt. Natürlich genießt der Einsatz Vorrang in unsern Planungen. Daneben bleibt eine Herausforderung, die wir im Auge behalten werden, dass der Ausbildungs- und Instandhaltungsbetrieb in Deutschland auf einem hohen Niveau fortgesetzt wird.

([www.dcu.de](http://www.dcu.de)).

## Fragen zum Wolf unzureichend beantwortet

Auf Initiative der CDU-Abgeordneten Oliver Grundmann, Rita Stockhofe und Henning Otte wurde das Bundesumweltministerium im Rahmen der parlamentarischen Fragestunde zum Thema „Wolf“ befragt.

unverantwortlich! Es gibt schon heute Gebiete wie in meinem Wahlkreis in Niedersachsen oder in Brandenburg und Sachsen, wo dieser Zustand schon erreicht oder sogar überschritten wird.

Anlass war die Aussage der Bundesministerin Hendricks in der Sendung „Hart aber fair“, dass auffällige Wölfe in früher Kindheit vom Menschen aufgezogen worden seien. Sie behauptete, dies habe man nachweisen können. Doch Ministerin Hendricks kniff vor den Fragen der CDU-Fachleute und schickte stattdessen ihre Staatssekretärin Schwarze-Flühr-Sutter. Diese wollte offensichtlich keine einzige Frage konkret beantworten. Sogar Bundestagspräsident



Rita Stockhofe, MdB, DJV-Präsident Hartwig Fischer, Henning Otte, MdB und Oliver Grundmann, MdB.

Foto: Flasche

Lammert musste intervenieren und bestand darauf, dass das Umweltministerium Antworten schriftlich nachreicht.

Wenn darauf gewartet werden soll, bis es flächendeckend zu viele Wölfe gibt um zu prüfen, was man dann machen will, ist es zu spät! Ich fordere ein qualifiziertes Wolfsmanagement, klare Regeln, wie Mensch, Nutz- und Haustiere vor den Gefahren durch den Wolf geschützt werden können und – wenn nötig – schnelles Handeln. Wenn Wölfe erst einmal gelernt haben, dass etwa Nutztiere eine leichte und gute Beute sind, dann werden sie dieses Wissen in die nächsten Generationen

weitergeben und durch die weiten Wanderungen auch weitertragen. Die muss frühestmöglich verhindert werden.“

So konnten die Abgeordneten nicht erfahren, wann ein „günstiger Erhaltungszustand“ beim Wolf erreicht ist, wie dieser definiert wird und welche Maßnahmen dann ergriffen werden sollen. Henning Otte anschließend: „Die Aussage der Staatssekretärin, dass man sich zusammensetzen werde, wenn es ausreichend Wölfe gibt, um dann zu schauen, was man machen kann, ist

In einem anschließenden Gespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Jagdverbandes (DJV) Hartwig Fischer bekräftigten die Abgeordneten ihre Forderungen.

Das Video der Fragestunde finden Sie unter <https://dbtg.tv/fvid/7072980> oder auf [www.henning-otte.de](http://www.henning-otte.de).

### Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Anna Viefhues



Dr. Svend Moeller



Sophie von Magnis



Uwe Moldenhauer

#### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20  
Fax 030 / 227 – 7 63 20  
[Henning.Otte@bundestag.de](mailto:Henning.Otte@bundestag.de)

[www.henning-otte.de](http://www.henning-otte.de)

#### Büro Celle

Südwall 26  
29221 Celle

Tel. 0 51 41 / 68 98  
Fax 0 51 41 / 68 83  
[Henning.Otte.wk@bundestag.de](mailto:Henning.Otte.wk@bundestag.de)

[Henning.Otte.wk@bundestag.de](mailto:Henning.Otte.wk@bundestag.de)

#### Büro Uelzen

Celler Str. 1  
29525 Uelzen  
Tel. 05 81 / 9 71 25 43

Fax 05 81 / 157 36  
[Henning.Otte.wk@bundestag.de](mailto:Henning.Otte.wk@bundestag.de)

Herausgeber und V.i.S.d.P.:  
**Henning Otte, MdB**